

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa.  
Herausf. Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Titel: Riesa Nr. 52.

Nr. 254.

Donnerstag, 30. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe der Zeitung oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertrudenstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Drei Angelpunkte.

Von maßgebender politischer Seite wird uns geschrieben:

Es ist so ruhig geworden, daß der politische Chronist in diesen Tagen, da alles im Werden ist und angebliche Vorbereitungsarbeiten in weitem Umfange geleistet wird, nicht recht weiß, was er berichten soll. Denn schließlich gibt es neben den vielen Kleinigkeiten, die aber auch in bestimmte Gruppen zu setzen sind, drei Angelpunkte, die das Interesse und die Aufmerksamkeit fordern. Einer davon erscheint der offiziellen Politik zwar nur wichtig, sie kann aber um die beiden anderen, die sie offiziell nicht beschäftigen, nicht herum, muß sie beachten und wird letzten Endes die durch Diskussion und Verhandlungen gereiften Fragen aufzuheben müssen.

Für die Regierung dreht sich zunächst alles um den Wiederaufbau, die Befähigung der Wirtschaft, über die Sanierung der Reichsfinanzen hinaus, um die Beschaffung von Arbeit, um Preisentlastung, und wie alle Mittel und Mittelchen noch heißen, die in das gegenwärtige Problem zu tun sind. Und die Aufgabe ist so gewaltig, daß selbstverständlich ernste Arbeit dazu gehört, die vielen Fragen und Grundzüge zu klären, die sich in Geleise und Bestimmungen fügen sollen. Selbstverständlich muß die Regierung mit den Parteien rechnen, und hat demnach auch den Kampf gegen eingeschlossene Parteimeinung zu führen. Heute, morgen und übermorgen, immer wird man zunächst von den Regierungsberatungen vernehmen, von neuen Beschlüssen, von Gesetzentwürfen, von Verhandlungen. Der Brauch wird geübt, der letzten Endes dem Reichstage präsentiert werden soll: Hier ist das Wunder, es soll dazu dienen, und eine gesicherte Zukunft zu geben. Und weil diese Regierungsarbeit mit so vielem Kleinram verbunden ist, weil viele Menschen dabei tätig sind, so steht sie fern im Vordergrund des Interesses. Auch deshalb, weil die Ungebuld aller, die diese Zeit nicht mehr ertragen können, groß ist und weil die Parteien sich schließlich rühren müssen.

Weniger wichtig nimmt man den zweiten Punkt, obwohl er sehr gut bei allen Betrachtungen der trostlosen Lage, bei allen Untersuchungen des Unglücks und der Wirtschaftskrisis hineingezogen werden müßte. Weniger wichtig beurteilt man — in den sogenannten maßgebenden Kreisen — die Frage des Moratoriums, die Frage der Revision des Neuen Planes, geht etwas eilig an den Verhandlungen vorüber, die Dr. Schacht in Amerika führte und beteiligt sich zu wenig an der Diskussion, die schließlich in den maßgebenden Ländern nicht ohne Grund geführt wurde. Es ist darauf verwiesen, daß wir mit dem gleichen Eifer und dem gleichen Recht uns um die Entlastung durch Reparationszahlungen kümmern müssen, als um die Sanierung der Reichsfinanzen. Denn es erscheint jetzt sogar der richtige Augenblick zu sein, die Revision des Youngplans zu forcieren. Kein Wunder, wenn immer noch falsche Scham aufkommt, und andere politische Einstellung sich dagegen wehrt, das gleiche zu tun und zu fordern, was die extreme Rechte will. Indessen wäre es gut, wenn in solch wichtigen, das ganze Land und Volk berührenden Fragen, die Gegensätze schwinden. Es ist bekannt, daß die Reparationslasten ein Uebel sind, daß kein Land einen wahren Vorteil von dieser Sklavensarbeit Deutschlands hat, und es ist bekannt, daß jede deutsche Partei dahin strebt, einmal aus dem Joch der Reparationen zu kommen. Hier dürfte es über das Wie keine Unterschiede geben. Und doch haben sich gerade über die Frage, wie man es anstellt, die Reparationsgläubiger von der Schädlichkeit dieser diktierten Lasten zu überzeugen, verschiedene Auffassungen herausgebildet. Jede Gruppe, jeder Kreis, jede Partei glaubt es besser zu wissen und mahnt nach ihrer Methode. Ein gemeinsamer Vorstoß zur rechten Zeit ist hundertmal mehr wert, wie das Laborieren und zu große Hartnäckigkeit. Jetzt hätte die Situation genutzt werden müssen!

Der Reichskanzler deutete im Reichstage selbst an, die Regierung werde die Frage untersuchen, ob ein Moratorium oder eine Revision des Youngplans möglich sei. Deshalb hat sie die Frage noch nicht überlegt? Deshalb hat sie den Privatmann Dr. Schacht in New York nicht unterzucht, weshalb hat sie den diplomatischen Apparat nicht spielen lassen? Es ist wirklich nicht wichtiger, zuerst in Deutschland einen schönen Etat zu machen, Reform durchzuführen, Sparmaßnahmen zu betreiben, Arbeit zu beschaffen, nein, ebenso wichtig ist es, die Frage der Reparationen so bald wie möglich zu klären. Denn sie ist mit einer Hauptsache, sie ist der zweite Angelpunkt in unserer Zeitpolitik.

Der dritte liegt den allgemeinen Begriffen noch ferner. Man hört, Derré habe eine Diskussion mit dem Stahlhelm, mit Eugenberg und Hitler über eine deutsch-französische Verständigung angedacht, und weil nun diese Männer und Gruppen nicht Liebhaber aller Politiker und Weisen sind, zuckt man vielfach die Achsel und läßt Derré mit den Herren Seidte, Eugenberg und Hitler allein. Aber wäre es nicht richtig zu erkennen, daß die Verständigung mit Frankreich eine Notwendigkeit ist, wenn Deutschland eine bessere Stellung in Europa und in der Welt erringen möchte, daß diese Verständigung Ausgangspunkt einer Verteidigung Europas werden könnte und zwei Völker sich zusammen fänden, die Tatkraft genug besitzen, ihre Macht zur Geltung zu bringen. Kannte schon geht der Streit um die Ost- oder Westorientierung, zwei Gruppen

## Zum Kanzlerbesuch in Dresden.

id. Dresden. Die Landespressestelle der Deutschen nationalen Volkspartei teilt mit: „In politischen Kreisen Sachsen sieht man dem Besuch des Reichskanzlers Brüning bei der sächsischen Regierung mit großer Spannung entgegen. Der Kanzler und der Ministerpräsident werden ja nicht bloß Höflichkeiten tauschen, sondern Fragen und Probleme von größter politischer und wirtschaftlicher Bedeutung für Sachsen besprechen. Und da nun einmal unser Land Sachsen auf Gedeih und Verderb mit dem Reiche verknüpft ist, so wird auch manche Frage der großen Reichspolitik bei der Unterredung eine Rolle spielen, umso mehr, als der sächsische Landtag vor knapp zwei Wochen erst mit großer Mehrheit eindeutig zur Kernfrage der deutschen Reichspolitik zur „Lebensstrategie des deutschen Volkes“ — so nannte sie der sächsische Ministerpräsident Schied in der Kabinettsbesprechung — sich ausgesprochen hat. Der Reichskanzler wird wohl schon durch den sächsischen Gesandten in Berlin von dieser Willensäußerung und dem sächsischen Parlament Kenntnis erhalten haben; aber, Herr Schied wird auch jetzt seinem hohen Gast gegenüber nicht umhin können, diesen von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten gefakten Beschluss betont zu wiederholen. Warum?

Herr Kanzler Brüning besucht die Länderregierungen doch wohl zu dem Zwecke, um für sein Sanierungs- und Finanzreformprogramm, für die Politik des jetzigen Reichskabinetts Unterstützung und Zustimmung zu gewinnen. Dies Programm Brünings ist aber außenpolitisch gekennzeichnet durch die Ablehnung einer Revision des Youngplans. Hat doch Herr Brüning einem französischen Sonderberichterstatter gegenüber ganz ausdrücklich erklärt: „Seine Regierung denke nicht an die Revision des Youngplans, sie habe auch nicht die Absicht, ein Memorandum zu fordern.“

Völlig entgegengesetzt lautete die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten Schied im sächsischen Landtag am 15. Oktober 1930 folgendermaßen in einigen markanten Sätzen:

„Mit dem neuen Vertrag, dem Gager Abkommen, kann nicht das letzte Wort in der Tributfrage gesprochen sein. — Bereits die kurze Geltungsdauer des Gager Vertragswertes hat die Unmöglichkeit des uns darin Ankerlandes bestätigt. Die Weltwirtschaftskrisis hat mindestens eine Ursache darin, daß aus einem einzigen Gebiete, dem deutschen Volke, dem Geschehen der Welt zum Höhe, riesige Summen als einseitige Leistungen abgezogen werden. — Ich werde gern

dazu bereit sein, mich im Sinne der übrigen zur Veranlassung stehenden Anträge nachdrücklich bei der Reichsregierung dafür einzusetzen, daß sie, um des Lebensinteresses des deutschen Volkes willen, so bald als möglich zur Nachprüfung dessen, was uns im Gange angesetzt worden ist, die nötigen Schritte unternimmt.“

Die Verhandlungen des Landtages sind nun damals so gelaufen, daß zunächst der kommunistische Antrag auf Revision abgelehnt wurde, daß ferner der sozialdemokratische Antrag auf Revision des Youngplans aber unter der Voraussetzung der fortzuführenden bisherigen Verständigungspolitik Dr. Stresemann-Curtius, ebenfalls (um dieser Voraussetzung willen) abgelehnt wurde, daß aber dann ein gemeinsamer Antrag aller rechts von den Sozialdemokraten stehenden Fraktionen (bis zu den Nationalsozialisten) angenommen wurde, der — in fast wörtlicher Uebersetzung mit dem deutschnationalen Antrag — forderte, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie mit allem Nachdruck und bestmöglicher Eile die Verhandlungen zur Revision des Youngplans einzuleiten. Dieser Antrag ist von allen Fraktionen, außer den Kommunisten, angenommen worden, auch von den Sozialdemokraten.

Eine seltene Einmütigkeit im sächsischen Landtage, eine wichtige Kundgebung des Willens der großen Mehrheit des sächsischen Volkes in Uebereinstimmung mit seiner Regierung!

Bei dem Besuch des Reichskanzlers hat demnach der sächsische Ministerpräsident die beste Gelegenheit, von Verlon zu Verlon, sozusagen Auge in Auge, auf den Chef der Reichsregierung nachdrücklich einzuwirken, daß er seinen revisionseindlichen Standpunkt um des Lebensinteresses des deutschen Volkes willen aufgibt. Auch um des Lebensinteresses anderer sächsischen Volkes willen!

Es ist wohl anzunehmen, daß an dem Empfang des Reichskanzlers auch der sächsische Finanzminister teilnehmen wird. Ihm wird damit auch eine willkommene Gelegenheit geboten sein, seine beweglichen Ausführungen, die er mehrfach im Landtag über den Stand der sächsischen Finanzen und über die abträglichen Wirkungen der jetzigen Reichsfinanzpolitik auf die Finanzen der Länder gemacht hat, mit allem Nachdruck zu wiederholen: daß um so wirkungsvoller, als er ja den wahrscheinlichsten letzten fertiggestellten sächsischen Staatshaushaltsplan als beweiskräftigste Illustration vorweisen kann. Man wird also mit Recht auf den Verlauf und die Wirkungen dieses Kanzlerbesuches bei der sächsischen Regierung gespannt sein dürfen.“

## Die Gewerkschaftsinternationale zur Arbeitslosigkeit.

Wien, 30. Oktober.

Die gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat ein Kampfsprogramm einmütig beschlossen, das die wichtigsten unmittelbaren Forderungen zur Verringerung der Not der Arbeitslosen enthält: Abwehr jeder Senkung des Reallohnes, Erhöhung der Massenkaufkraft und dadurch Verminderung der Arbeitslosigkeit, durch Bekämpfung der Maßnahmen kapitalistischer Wirtschaftsverbände, die die Anpassung der Preise von Fertigwaren an die sinkenden Rohstoffpreise verhindern, Kampf gegen die künstliche Hochhaltung der Kleinhandelspreise trotz Sinkens der Großhandelspreise, Einführung, Erhaltung und Ausbau einer hinreichenden Sicherung der Arbeitsgelegenheit während der Krise durch Verkürzung der Arbeitszeit. Zum Ausgleich der verschärften Anspannung der Arbeitskräfte in der rationalisierten Wirtschaft sei die dauernde gefokelte Verkürzung der Arbeitszeit international anzustreben. Um die politische Quelle der Krisenscharfung zu verstopfen, gelte es, alle Kräfte für die Sicherung des Friedens unter den Völkern zu mobilisieren durch die internationale Wristung, durch die allgemeine Streichung der Kriegsschulden, durch die Bekämpfung des Faschismus und der Diktatur, in welcher Form sie auch auftreten möge, durch die Sicherung der Demokratie, die die Grundlage jeder sozialen und freihheitlichen Politik sei.

verfechten ihre Ideale, der simple Bürger aber steht desinteressiert und weiß nicht, was er aus diesem politischen Gerede machen soll. Er wird sich jener Strömung zuwenden, die ihm die sichere Zukunft verbürgt, und es erscheint nun einmal selbstverständlich, daß wir eine sichere und ausichtsreichere Zukunft haben müssen, wenn wir mit Frankreich paktieren, als wenn wir uns mit den Bolschewiki anbindern. Aus diesen Erwägungen heraus müßte die Diskussion über eine deutsch-französische Verständigung viel intensiver betrieben werden. Deshalb soll sie nur im engen Kreise gehen? Weshalb hindert die Einseitigkeit der beteiligten deutschen Gruppen andere

## Deutscher Protest in Warschau

Berlin, 30. Oktober.

Die Verleumdungen eines Krakauer Blattes, des „Kurjer Godzienn“, haben dem Auswärtigen Amt Veranlassung gegeben, den deutschen Gesandten in Warschau zu beauftragen, bei der polnischen Regierung nachdrücklich gegen die sich häufenden Angriffe und Demonstrationen gegen Deutschland und deutsche Beteiligungen in Polen zu protestieren, denen der oben erwähnte Artikel mit seinen persönlich zugespitzten Verdächtigungen der deutschen Gesandtschaft die Krone aufgesetzt hat.

Der Gesandte hat bei seinen Vorstellungen besonderen Nachdruck darauf gelegt, daß einzelne der unwahren Behauptungen des Artikels nur dadurch möglich geworden sind, daß die den Entstellungen zugrunde liegenden einwandfreien Vorgänge dem Blatt durch Indiskretionen amtlicher Stellen bekannt geworden sind.

## „Do X“ Partei am 2. November

Amsterdam, 30. Oktober.

Das Flugschiff „Do X“ wird am kommenden Sonntag, dem 2. November, von Antwerpen zu seiner ersten Etappe nach Amsterdam starten. — Den Flug nach England wird, wie man hört, auch Dr. Dornier mit seiner Gattin mitmachen. Außer Herrn Maurice Dornier werden an dem Flug nach Amerika für die Hearst-Presse auch Lady Drummond Hay sowie Herr von Wiegand teilnehmen. Mit dem Start in Lissabon nach den Azoren rechnet man am 12. November.

Politiker, ihre Meinung zu sagen. Man sollte offen bekennen und erkennen. Gewiß ist auch ein Herbe nicht Frankreich, aber wenn er den Mut findet, eine Diskussion einzuleiten, muß doch Stimmung in Frankreich vorausgesetzt werden können. Noch niemals ist das erste Urteil maßgebend gewesen, noch nie hat das erste Lied getallen, vieles in den Grundfragen einer Verständigung, wie sie nun festgelegt sind, ist zu ändern und kann geändert werden. Also beachten wir mehr die französische Meinung zu einem deutsch-französischen Ausgleich und werde sich klar, daß hier der dritte Angelpunkt unserer Politik liegt.

Dr. D. Sch.